

ZH_OBERGERICHT NG120012 vom 15. Januar 2013

ZH Obergericht, 2013-01-15, DE

Quelle: https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/zh_obergericht_NG120012

FR: ZH_OBERGERICHT NG120012 du 15 janvier 2013

IT: ZH_OBERGERICHT NG120012 del 15 gennaio 2013

Erwägungen

E. 2

lit. c ZPO). In Verfahren mit sozialer Untersuchungsmaxime sind im Berufungsverfahren Noven nur unter den Voraussetzungen von Art. 317 Abs. 1 ZPO zulässig (vgl. ZR 110/2011 Nr. 96 und ZR 111/2012 Nr. 35; das soll nach der neuesten bundesgerichtlichen Rechtsprechung grundsätzlich und auch für die uneingeschränkte Untersuchungsmaxime gelten, vgl. BGer 4A_228/2012 vom 28. August 2012, E. 2.2 [zur Publikation vorgesehen]). II. (Begriff der Orts- und Quartierüblichkeit / Quartierbestimmung) 1. Zur Ermittlung der Orts- und Quartierüblichkeit hat das Mietgericht zunächst das Quartier definiert, in dem sich die Vergleichsobjekte befinden müssen. Es hat unter Hinweis auf BGE 136 III 74 ff. (= mp 2/10 S. 125 ff.) festgehalten, ein Quartier weise eine gewisse Ausdehnung aus, weshalb es sich nicht auf einzelne

- 8 - Häuser, Häuserzeilen oder architektonisch homogene Komplexe beschränken dürfe; der Begriff sei nicht allzu einschränkend auszulegen. Im vorliegenden Fall sei zunächst von den Daten und Erhebungen des statistischen Amtes der Stadt Zürich auszugehen. Die streitbetroffene Liegenschaft befinde sich danach im Kreis ..., Quartier Alt-F._____, statistische Zone J._____. Das Quartier Alt-F._____ bilde zusammen mit den Quartieren G._____ und K._____ den Kreis Alt-F._____ grenze neben den beiden erwähnten Quartieren auch an die Quartiere H._____ und I._____ im Kreis Die streitbetroffenen Liegenschaften befänden sich am südlichsten Rand des Quartiers Alt-F._____, das unmittelbar an das Quartier G._____ angrenze. Unweit davon verlaufe die Grenze zu den Quartieren H._____ und I._____. Die Klägerin habe Vergleichsobjekte genannt, welche sich in Alt-F._____ (... [diverse Liegenschaften]) befänden, daneben eine Liegenschaft an der Grenze zwischen Alt-F._____ und K._____ (...), zwei Liegenschaften in G._____ (...), drei Liegenschaften in Zürich H._____ (...) und schliesslich eine Liegenschaft in I._____ (...). Streng genommen lägen nur die sechs Objekte in Alt-F._____ im gleichen Quartier. Zwar sei die Aufteilung einer Stadt in einzelne Quartiere häufig das entscheidende Kriterium. Ausnahmen von dieser Regel seien aber insbesondere dann möglich, wenn das Objekt, dessen Mietzins geprüft werden müsse, sich an der Quartiergrenze befinde und mit einem Nachbargrundstück verglichen werde. Zu berücksichtigen sei daher vorliegend, dass das Ausgangsobjekt nahe an der Grenze zu den anderen Quartieren G._____, H._____ und I._____ gelegen sei. Ebenfalls in Betracht zu ziehen sei, dass sich das im K._____ gelegene Vergleichsobjekt unmittelbar an der Grenze zu Alt-F._____ befinde. Da die Liegenschaft, in welcher sich das Mietobjekt der Beklagten befinde, unmittelbar an das Quartier G._____ angrenze, seien in grosszügiger Auslegung des Quartierbegriffs die im Quartier G._____ gelegenen Wohnungen als Vergleichsobjekte zuzulassen. Diese zugunsten der Klägerin grosszügige Betrachtungsweise erscheine auch in historischer Hinsicht gerechtfertigt, denn bis 1971 sei G._____ ein Teil des Quartiers

F._____ gewesen. Nördlich von Alt-F._____ befinde sich sodann das Quartier K._____. Die Grenze zwischen diesen Quartieren bilde die ...strasse. Die auf der südlichen Strassenseite gelegenen Häuser gehörten zu Alt-F._____, die nördlichen zum K._____. Das

- 9 - Vergleichsobjekt ...strasse ... befinde sich im K._____. Allerdings sei es zu formalistisch, dieses Vergleichsobjekt nur deshalb nicht zuzulassen, weil es zufällig auf der anderen Seite der ...strasse liege. Anders verhalte es sich mit den Vergleichsliegenschaften im H._____quartier. Die Grenze zwischen Alt-F._____ und dem H._____quartier bilde die ... bzw. die ... (Autobahn). Das H._____quartier bilde zusammen mit dem gleichzeitig eingemeindeten Quartier I._____ den Stadtkreis Wegen der zentrumsnahen Lage sei die damalige Gemeinde H._____ bereits 1893 mit der Stadt Zürich verbunden worden. Vor allem entlang des ... gebe es im H._____quartier zahlreiche Villen mit grossen Parks. Zudem hätten mehrere Versicherungskonzerne und andere Dienstleistungsbetriebe ihren Sitz in der H._____. Im H._____quartier habe sich – wohl nicht zuletzt wegen der bevorzugten Wohnlage (...) – im 20. Jahrhundert das Bürgertum bzw. der gehobene Mittelstand angesiedelt. Für das Quartier charakteristisch sei denn auch, dass die Wohnhäuser im Vergleich zu den im Kreis ... gelegenen Bauten um einiges repräsentativer seien. Das H._____quartier unterscheide sich daher grundlegend vom (ehemaligen) Arbeiter- und Angestelltenquartier F._____. Von diesem unterschiedlichen Charakter zwischen den Quartieren F._____ und H._____ habe sich das Mietgericht im Übrigen auch am Augenschein vom 18. April 2012 ein Bild machen können. Es komme daher nicht von ungefähr, dass anlässlich der Eingemeindung F._____ dem Kreis ... und H._____ dem Kreis ... zugeschlagen worden sei. Indessen gebe es zwischen diesen beiden Quartieren nicht nur soziologische und historische Unterschiede. Auch die geographischen Gegebenheiten legten nahe, die beiden Quartiere bzw. Stadtkreise klar voneinander abzugrenzen. Der Kreis ... liege am Fusse des ..., der Kreis ... am Hinzu komme, dass die ... eine sowohl natürliche als auch markante Grenze zwischen diesen beiden unterschiedlichen Quartieren bilde. Aus all diesen Gründen könnten sämtliche im Quartier H._____ befindlichen Vergleichsobjekte keinen tauglichen Beweis für die Quartierüblichkeit des Mietzinses einer in F._____ gelegenen Wohnung bilden. Die Wohnungen an der ... [diverse Liegenschaften] fielen daher als Vergleichsobjekte ausser Betracht. Ähnliches gelte auch für das Vergleichsobjekt am ... in I._____. Zuzufolge der klaren, durch die ... gebildeten Grenze zwischen den

- 10 - Quartieren I._____ (wie die H._____ am ... gelegen) und F._____ komme diese Wohnung ebenso wenig als Vergleichsobjekt in Frage (act. 174 S. 14 ff.).

E. 2.1

Die Klägerin kritisiert, dass das Mietgericht bei drei Mietobjekten (... [diverse Liegenschaften]) die Vergleichbarkeit (im Wesentlichen) wegen angeblich unterschiedlicher Lage verneint habe. Vergleiche man die Qualitätskriterien der Wohnung an der ...strasse ... mit jenen des Ausgangsobjekts, seien keine signifikanten Unterschiede hinsichtlich der Lage festzustellen, die es rechtfertigen würden, erstgenannte Liegenschaft als Vergleichsobjekt auszuschliessen. Richtig sei zwar, dass die Liegenschaft unmittelbar an der "... F._____ " gelegen sei, an welcher sich ein Strassenkreuz mit Tramverkehr befinde. Zu beachten sei allerdings, dass sich das Vergleichsobjekt im 6. OG befinde und der Verkehrslärm daher nur eingeschränkt hörbar sei. Zur Ergänzung des Sachverhalts offeriert die Klägerin in diesem Zusammenhang die Messung äusserer Einflüsse als Lärmquellen auf das Vergleichs- und das Ausgangsobjekt. Dieser Beweisantrag sei im

Berufungsver- fahren zulässig, da er erst durch die Erwägungen im angefochtenen Urteil aktuell geworden sei. Sollte das Obergericht der Einschätzung der Vorinstanz mit Bezug auf die Lage folgen und die Wohnung an der ...strasse ... wegen der Lage als nicht vergleichbar qualifizieren, wäre nach Auffassung der Klägerin dieser (alleini- ge) Unterschied durch einen angemessenen Zuschlag beim Mietzins des Aus- gangsobjektes zu berücksichtigen. Hinsichtlich der Liegenschaft ... hält die Kläge- rin zunächst den Hinweis des Mietgerichts, dass das Vergleichsobjekt um einiges moderner wirke, für wenig differenziert und nicht stichhaltig. Der Unterschied in der architektonischen Ausgestaltung vermöge die Vergleichbarkeit nicht auszu- schliessen. Verschiedene Gebäudearten seien nicht geeignet, die Vergleichbar- keit zweier Objekte in Frage zu stellen, weshalb der Begriff "Gebäudeart" in Art.

E. 2.2

(Auch) hinsichtlich der einzelnen Vergleichsobjekte pflichten die Be- klagten den Ausführungen im angefochtenen Urteil bei. Sie bestreiten im Übrigen die Behauptung der Klägerin, dass der Verkehrslärm im Vergleichsobjekt der ...strasse ... (Wohnung ...) nur eingeschränkt hörbar sei. Lageunterschiede könn- ten zudem nicht mit einem Zu- oder Abschlag berücksichtigt werden (act. 184 S. 6 ff.). 3.1 Vorab ist festzuhalten, dass die Klägerin auf die im angefochtenen Ur- teil aus verschiedenen Gründen als unvergleichbar erachteten Liegenschaften ... [diverse Liegenschaften] in der Berufung nicht zurückkommt, resp. sich mit den betreffenden Erwägungen im angefochtenen Urteil nicht auseinandersetzt. Unan- gefochten blieb ebenfalls, dass von den Wohnungen in den Liegenschaften Im ... und ... aufgrund der jeweils identischen Vermieterschaft nur eine Wohnung zum Vergleich zuzulassen sei. Insoweit kann ohne Weiteres auf die – durchwegs überzeugenden – Erwägungen des Mietgerichts verwiesen werden (vgl. act. 174 E. 3.2.9, 4.2.2 und 4.2.4 und 4.2.7, S. 21 ff.). Zu (über-)prüfen ist nachfolgend die Vergleichbarkeit der – trotz der Lage im gleichen Quartier – nach Auffassung der

- 18 - Klägerin zu Unrecht ausgeschlossenen Mietobjekte [diverse Liegenschaf- ten]. 3.2 Richtig ist der Hinweis der Klägerin.(act. 175 S. 9), dass mit dem (ob- jektiven) Kriterium der "Lage" in erster Linie Standortgütefaktoren gemeint sind. Das Kriterium der "Lage" verlangt eine (objektive) Ähnlichkeit von Ausgangs- und Vergleichsobjekt unter den Aspekten der Erschliessung, der Infrastruktural, der Im- missionen (z.B. an verkehrsreicher Strasse oder nicht) sowie der gesellschaftli- chen und der "natürlichen" Umgebung (BGE 123 III 317 E. 4.b ee, S. 323 = mp 4/97, S. 218 f.; BGer 4A_341/2009 vom 1. April 2009, E. 3.2 = MRA 2/10, S. 62 f.; Higi, op. cit., Art. 269a N 88 ff.; Lachat, Mietrecht für die Praxis, Zürich 2009, S. 356 f.). Entgegen der Auffassung der Klägerin kann die architektonische Ausge- staltung indessen durchaus eine Rolle spielen – nämlich unter dem Aspekt der den Gebrauchswert mitbestimmenden Liegenschaftentart. So lassen sich zum Beispiel zweistöckige Reiheneinfamilienhäuser nicht mit Etagenwohnungen in Hochhäusern vergleichen, auch wenn diese im Parterre liegen und über einen Gartenzugang verfügen (vgl. Higi, op. cit., Art. 269a N 94 f.). 3.3 Die Klägerin anerkennt, dass die von ihr als Vergleichsobjekt genannte 3 ½-Zimmerwohnung an der ...strasse ... unmittelbar an der ... F._____ gelegen ist, an welcher sich ein Strassenkreuz mit Tramverkehr befindet (vgl. act. 147 A). Dass der Verkehrslärm nach Auffassung der Klägerin (act. 175 S. 9) in der betref- fenden Wohnung im 6. OG der Mieterin ... nur eingeschränkt hörbar ist, wird von den Beklagten wie erwähnt bestritten. Selbst wenn die messbaren Lärmimmissio- nen im Mietobjekt gering wären, liesse dies die Feststellung des Mietgerichts, die Liegenschaft

befinde sich an lärmiger Lage (vgl. act. 147) nicht unrichtig erscheinen. Es kommt für die Beurteilung der Lage als Standortkriterium nicht (allein) auf die konkret messbaren (Lärm-)Immissionen an, sondern ebenso auf die (den Gebrauchswert ebenfalls beeinflussende) geografische Lage und Erschliessung. Das Ausgangsobjekt ist nahe der ... und insofern "im Grünen" gelegen, während es sich beim Vergleichsobjekt bei der ... F._____ um eine äusserst zentral gelegene und verkehrstechnisch optimal erschlossene Stadtwohnung handelt. Unabhängig von den Lärmimmissionen ist das Vergleichsobjekt unter dem Aspekt der Infrastruk-

- 19 - tur bzw. Erschliessung mit dem Ausgangsobjekt nicht vergleichbar, weshalb sich eine entsprechende Lärm-Messung erübrigt. Es kann daher offen bleiben, ob der mit der Berufung erstmals gestellte Beweisantrag im Lichte der Novenbeschränkung von Art. 317 Abs. 1 ZPO (vgl. dazu ZK ZPO-Reetz/Hilber, Art. 317 N 39 ff.) zulässig ist oder nicht. Überdies ist zu berücksichtigen, dass sich das Vergleichsobjekt auch in der Lage innerhalb der jeweiligen Liegenschaft vom Ausgangsobjekt unterscheidet. Das Mietobjekt an der ...strasse ... befindet sich im obersten Stockwerk (6. OG) der betreffenden Liegenschaft, während die Beklagten im Erdgeschoss wohnen. Das wirkt sich insbesondere auf die Belichtungsverhältnisse aus, wird das Vergleichsobjekt doch als hell beschrieben (act. 147), während nach der Feststellung des Mietgerichts bei der Wohnung der Beklagten wie erwähnt nicht von hellen, lichtdurchfluteten Räumen gesprochen werden kann (vgl. act. 174 S. 20; act. 145 und 145 A). 3.4 Bei einer sachgerechten Anwendung der objektiven Kriterien drängen sich keine Zu- oder Abschläge zur Ausgleichung geringfügiger Abweichungen zwischen dem Ausgangsobjekt und den Vergleichsobjekten auf. Jedenfalls aber können qualitativ erhebliche Abweichungen des Vergleichsobjektes nicht mit ohnehin nur schwer schätzbaren Auf- oder Abschlägen kompensiert werden (vgl. BGer vom 24. April 1995 in MRA 1/96 S. 3 f.; Higi, op. cit., Art. 269a N 64 f.; Lachat et. al., op. cit., S. 359). Der beschriebene Unterschied in der Lage ist daher nicht ausgleichbar. Die Klägerin vermag denn auch selbst nicht einmal ungefähr anzugeben, in welcher Bandbreite sich der von ihr für den Fall fehlender Vergleichbarkeit des Mietobjekts an der ...strasse ... befürwortete Mietzinszuschlag beim Ausgangsobjekt zu bewegen habe. 3.5 Was die beiden als Vergleichsobjekte genannten 3 ½-Zimmerwohnungen im ... angeht, macht die Klägerin zu Recht geltend, dass die im angefochtenen Urteil für die fehlende Vergleichbarkeit (unter anderem) angeführte räumliche Distanz zum Ausgangsobjekt keine Rolle spielen kann, da die Wohnungen nach dem vom Mietgericht definierten Quartierperimeter sich im selben Quartier befinden. Indessen ist zu berücksichtigen, dass die Vergleichsobjekte im Jahr 2001,

- 20 - mithin 22 Jahre nach der Erstellung des Ausgangsobjekts von 1979/1980 erbaut worden sind. Die in der Berufung unter Verweis auf Gratz vertretene Auffassung, wonach bei der Bauperiode drei Altersklassen zu unterscheiden seien, jene der vor 1947 erstellten, jene zwischen 1947 und 1970 und jene danach erstellten Bauten (vgl. Gratz, Mietzinsgestaltung, Schweizerischer Hauseigentümerverband, Zürich 1995, S. 85), erklärt nicht, weshalb und inwieweit gerade nur den von ihm angeführten Jahren bauperiodenerhebliche Bedeutung zukommen soll (vgl. Higi, op. cit., Art. 269a N 123). Im Weiteren trifft wohl zu, dass der Renovationsstandard einer Wohnung für die meisten Mieter wichtiger sein dürfte als der Zeitpunkt der Erstellung (vgl. Higi, op. cit., Art. 269a N 123 f.). Das Bundesgericht hat allerdings in jüngeren Entscheiden unter Hinweis auf den Wortlaut von Art. 11 VMWG daran festgehalten, dass dem Kriterium der Bauperiode

(selbst bei älteren Lie- genschaften) eigenständige Bedeutung beizumessen sei (BGer 4C.40/2001 vom

E. 4

Der Ausschluss der im Kreis ... gelegenen Liegenschaften aus dem massgeblichen Perimeter erweist sich im Lichte der vorstehenden Ausführungen als begründet, und es bleibt dabei, dass die im Quartier H._____ liegenden Miet- objekte (... [diverse Liegenschaften]) sowie die Liegenschaft in I._____ (...) nicht zum Vergleich für die Quartierüblichkeit des Mietzinses der in Alt-F._____ gele- genen Wohnung der Beklagten herangezogen werden können. Ob die von der Klägerin bezeichneten Objekte im H._____ -Quartier bzw. in I._____ nach den üb- rigen Standortkriterien (Lage, Baujahr etc.) mit dem Ausgangsobjekt vergleichbar wären, kann aus diesem Grund offen bleiben. III. (Beweiswürdigung / insbesondere: Kriterium der Lage als Standortgüte) 1.1 Das Mietgericht hat am 18./19. April 2012 einen Augenschein durchge- führt und dabei sowohl das Ausgangsobjekt als auch die zum Vergleich offerierten Mietobjekte besichtigt und (soweit die Mieter damit einverstanden waren) fotogra- fiert (vgl. act. 144 ff., 174 S. 18 f.). Im Anschluss an die Definition des massge- benden Quartiers, vergleicht es die im selben Quartier befindlichen Objekte im angefochtenen Urteil anhand der in Art. 11 VMWG aufgeführten Kriterien – Lage, Grösse, Ausstattung, Zustand und Bauperiode – mit jenen des Ausgangsobjekts. Dabei kommt es zum Schluss, dass die Klägerin – abgesehen von der wegen Abwesenheit der Wohnungsmieter nicht besichtigten Wohnung an der ... – ledig- lich zwei Objekte (...) habe benennen können, welche die gesetzlichen Anforde- rungen an die Vergleichbarkeit erfüllen würden. Wäre das Objekt ... mit dem Aus- gangsobjekt vergleichbar, verfüge die Klägerin lediglich über drei Vergleichsobjek- te, was nach der Rechtsprechung nicht genüge, um einen quartierüblichen Miet-

- 15 - zins nachzuweisen. Da die Klägerin somit den Nachweis der Orts- und Quartie- rüblichkeit nicht habe erbringen können, sei die Mietzinserhöhung unter diesem Titel missbräuchlich (act. 174 S. 20 ff.). 1.2 Das Ausgangsobjekt wird im angefochtenen Urteil wie folgt beschrie- ben (act. 174 E. 4.1, S. 19 f.): "Die Liegenschaft ...strasse ..., in welcher sich die streitbetroffene Mietwohnung befindet, bil- det Teil einer Grossüberbauung, die aus fünf Gebäudekomplexen besteht. Der Gebäudekomplex ...strasse ... bis ... setzt sich aus zehn neunstöckigen Häusern zusammen, welche in einem Halb- kreis aneinander gebaut sind. Im Gebäudekomplex ...strasse ... bis ... hat es 166 Wohnungen. Die gesamte Überbauung wurde 1979/1980 erstellt und umfasst insgesamt 405 Wohnungen (act. 11 S.

E. 4.1

Das Mietgericht legte die Begründung der streitigen Mietzinserhöhung nach dem Vertrauensprinzip aus und verzichtete daher auf die Abnahme der in diesem Zusammenhang von den Parteien offerierten Beweismittel. Die Begrün- dung im Mietzinserhöhungsformular ist eine Willensäusserung des Vermieters. Ih- re Bedeutung und Tragweite bestimmt sich nach den allgemeinen Grundsätzen zur Auslegung von Willensäusserungen (vgl. BGer 4C.330/2002 vom 31. Januar 2003, E. 3.2.). Die Klägerin erwähnt korrekt, dass nach dem System des Geset- zes vorab danach zu fragen ist, ob sich die Parteien tatsächlich richtig verstanden haben. Ungeachtet des Wortlauts gilt primär das, was die Erklärenden überein- stimmend wirklich wollten (vgl. Art. 18 OR). Im Prozess ist ein solcher tatsächli- cher Konsens indes der seltene Idealfall. Willenserklärungen sind nach Treu und Glauben auszulegen und rechtlich so zu würdigen, wie sie unter den konkreten

Umständen von einem vernünftigen und loyalen Gegenpart verstanden werden durften und mussten (vgl. BGE 126 III 119 E. 2a, S. 120 mit Hinweisen). Ergibt sich daraus ein objektivierter Sinn und mithin ein normativer Konsens, ist dieser Sinn massgeblich. Dies gilt nur dann nicht, wenn beide Parteien der Erklärung übereinstimmend nicht den nach dem Vertrauensprinzip geltenden, sondern einen anderen Inhalt beilegen wollten. Das behauptet die Klägerin nicht. In der Klagebegründung führte die Klägerin zunächst aus, dem amtlichen Mietzinserhöhungsformular vom 8. Dezember 2009 und dem Begleitschreiben dazu könne entnommen werden, dass die getätigten Investitionen nach Ansicht der Klägerin ebenfalls zu einer Mietzinserhöhung berechtigten, und dieser Erhöhungsgrund werde darin auch zum Ausdruck gebracht (act. 11 S. 20). Replicando machte die Klägerin geltend, gestützt auf die Mieterorientierung und das Informationsschreiben hätten sämtliche Mieter der Überbauung und mithin auch die Beklagten damit gerechnet, nach Abschluss der Arbeiten einen höheren Mietzins bezahlen zu müssen. Ob die Erhöhung dabei gestützt auf die Anpassung an die orts- und quartierüblichen Verhältnisse erfolge oder unter Berufung auf die getätigten Investitionen oder im Sinne, wie es die Klägerin verstanden habe, nämlich primär mit der Anpassung an - 28 - die Orts- und Quartierüblichkeit und im Eventualstandpunkt mit Mehrleistungen, sei für die Beklagten zumindest aus den Umständen klar gewesen; jedenfalls hätten sie als vernünftig und korrekt denkende Mieter von diesem Verständnis ausgehen müssen, und die Beklagten hätten dies auch getan, gleichzeitig sei ihnen der Erhöhungsgrund aber auch egal gewesen. Sie hätten sich nur für die tatsächliche Höhe des neuen Mietzinses interessiert und dafür, ob diese Erhöhung rechtmässig sei (act. 45 S. 10 f.). Abgesehen davon, dass die Klägerin hier Tatsachenbehauptungen mit rechtlichen Argumenten (Vertrauensprinzip) vermischt, wird damit gerade kein übereinstimmendes tatsächliches Verständnis behauptet, sondern im Kern zum Ausdruck gebracht, dass die Beklagten dem Verhältnis der Erhöhungsgründe Ortsüblichkeit und Investitionen keine Beachtung geschenkt hätten, ihnen der genaue Erhöhungsgrund vielmehr tatsächlich egal gewesen sei. Überdies geht die Klägerin in der Berufung davon aus, dass sich ein Konsens der Parteien über den Inhalt der Mietzinserhöhung auch aus dem gegenseitigen Verhalten der Parteien ableiten lasse, weshalb auf zusätzliche Beweismassnahmen verzichtet werden könne (vgl. act. 175 S. 16). Die Beklagten machen demgegenüber wie bereits in der Duplik geltend, sie hätten die Mietzinserhöhung als Anpassung an die Orts- und Quartierüblichkeit verstanden (vgl. act. 55 S. 6 f.; act. 184 S. 5). Die Parteien waren und sind sich über den Sinn und die Tragweite der Begründung der Mietzinserhöhung mithin nicht einig. Soweit es sich beim Standpunkt der Berufung – die Parteien hätten sich damals tatsächlich richtig verstanden – um eine Tatsachenbehauptung und nicht bloss um einen (unzutreffenden) Hinweis auf die Ausführungen der Klägerin vor Mietgericht handelt, ist sie als unechtes Novum nach Art. 317 Abs. 1 ZPO unzulässig. Die Rüge einer Verletzung des Rechts der Klägerin auf Beweis ist unbegründet.

E. 4.2

Im Einklang mit dem Mietgericht ist die Willensäusserung der Klägerin nach dem Vertrauensprinzip auszulegen (Art. 2 ZGB). Es kommt somit auf den objektiven Erklärungssinn der Mietzinserhöhung an. Die rechtliche Einordnung hat unabhängig von den Auffassungen der Parteien von Amtes wegen zu erfolgen (§ 57 ZPO/ZH und Art. 57 ZPO).

- 29 - 4.3.1 Kern der Auslegung bildet das amtliche Formular (act. 13/29/1), mit dem die Klägerin als "Klare Begründung" eine "Mietzinsanpassung an die Orts- und Quartierüblichkeit nach Entlassung der Liegenschaft aus der staatlichen Mietzinskontrolle unter Berücksichtigung der getätigten Investitionen (umfassende Sanierung) von rund CHF 13,5 Mio." mitteilt. Im Begleitschreiben wird dies dahin- gehend erläutert, dass "die bislang dank staatlicher Unterstützung günstigen Mietzinse an das orts- und quartierübliche Niveau von vergleichbaren, ebenfalls sanierten Wohnungen herangeführt werden" sollen (act. 13/29/2). Für die Anpas- sung des Mietzinses an die Orts- und Quartierüblichkeit orientierte die Klägerin sich demnach an den Mietzinsen ebenfalls sanierter Objekte. Die wertvermehrten Investitionen fanden so im Rahmen der Vergleichsmiete Eingang in den mit Blick auf die Orts- und Quartierüblichkeit erhöhten Mietzins. Hingegen lassen we- der das Formular noch das Begleitschreiben darauf schliessen, dass die Klägerin die Mehrleistungen als eigenständigen Erhöhungsgrund nennen wollte. Die Sa- nierungskosten werden weder selbständig bzw. zusätzlich neben der Orts- und Quartierüblichkeit aufgeführt noch als subsidiärer Erhöhungsgrund genannt. Die Begründung der Mietzinserhöhung beschränkt sich vielmehr auf den Erhöhungs- grund der Orts- und Quartierüblichkeit. Der Wortlaut von Formular und Begleit- schreiben lässt keine andere Interpretation zu. 4.3.2 Wie das Mietgericht weiter anführt, gab die Klägerin den Beklagten in einem Informationsschreiben vom 17. Dezember 2008 über die bevorstehende Sanierung die Erhöhung der Mietzinse vorab bekannt. Im Wesentlichen teilte die Klägerin darin mit, dass die Liegenschaft ab 1. April 2010 dem ordentlichen Miet- recht unterstehe und dass die Mietzinserhöhung diese Anpassung wie auch die Sanierung widerspiegle, die Zinsen sich somit einem marktgerechten Preisniveau annäheren. Auch insoweit berief sich die Klägerin auf die Orts- und Quartierüb- lichkeit bzw. den Vergleich mit anderen sanierten Wohnungen im Quartier. Dass sie die in Aussicht gestellte Mietzinserhöhung stufenweise begründen werde, d.h. hauptsächlich mit einer Anpassung an die Orts- und Quartierüblichkeit und even- tualiter mit der (erst noch bevorstehenden) Sanierung, geht daraus nicht hervor. Kommt hinzu, dass die Klägerin ausdrücklich davon Abstand nahm, bereits in die- sem Zeitpunkt verbindliche Angaben zur Mietzinserhöhung und deren Begrün-

- 30 - dung zu machen. Sie hielt fest, sie (die Eigentümerin) könne sich noch nicht fest- legen, in welcher Grössenordnung die Erhöhung sein werde, sie könne nur Anga- ben darüber machen, zu welchen Mietzinsen die Wohnungen nach der Sanierung – vorbehaltlich zwischenzeitlicher Änderung im Immobilienmarkt – neu vermietet werden würden, nämlich 3½-Zimmer-Wohnungen zu ca. Fr. 2'000.-- bis Fr. 2'300.--. Die Mietzinserhöhung sowie deren Begründung erfolgte dann rund ein Jahr später und ohne Bezugnahme auf das Informationsschreiben. Bereits deshalb geht dem Informationsschreiben für die Auslegung der Mietzinserhöhung jede Bedeutung ab. Das hat das Mietgericht zutreffend erkannt. Selbst wenn das Informationsschreiben aber darauf hindeuten würde, dass die Klägerin damals ei- ne Mietzinsanpassung infolge Mehrleistungen erwogen haben könnte, würde dies der Klägerin nicht helfen. Es hiesse das Erfordernis einer klaren Begründung (vgl. dazu BGE 121 III 6 E. 3c, S. 10; BGE 121 III 460 E. 3a/cc, S. 466) in sein Gegen- teil zu verkehren, wenn angenommen würde, ein unverbindliches Orientierungs- schreiben über die Gründe und den ungefähren Rahmen einer in Aussicht ge- nommenen Mietzinserhöhung könne – ohne Bezugnahme darauf im amtlichen Formular – den Hinweis auf die Sanierung als selbständigen Erhöhungsgrund ge- ben. 4.3.3 Dagegen kann die Klägerin auch nicht mit Erfolg einwenden, die Be- gründung

habe sich im Hinblick auf die Rechtsprechung des Bundesgerichts darauf beschränkt, zum Ausdruck zu bringen, dass die Mietzinserhöhung auch die Mehrleistungen umfasse. Nicht nur war der Hinweis auf die Sanierungsleistungen wie ausgeführt so zu verstehen, dass sich die Sanierungsleistungen durch den höheren Vergleichsmietzins (indirekt) auf die Anpassung des Mietzinses an die Orts- und Quartierüblichkeit auswirken. Auch und vor allem muss der Vermieter wegen der Unzulässigkeit der gleichzeitigen Berufung auf sich gegenseitig ausschliessende Erhöhungsgründe ausdrücklich bzw. eindeutig angeben, dass er den Mietzins hauptsächlich unter Berufung auf die Orts- und Quartierüblichkeit und nur hilfsweise aufgrund von Mehrleistungen erhöht. Darf nämlich – wie die Klägerin unter Hinweis auf die bundesgerichtliche Rechtsprechung konzidiert (act. 175 S. 18) – von einem Liegenschaftsverwalter erwartet werden, dass er die Unterscheidung zwischen relativen und absoluten Erhöhungsgründen kennt und

- 31 - dass er diese Gründe in der Begründung der Mietzinserhöhung klar auseinanderhält (vgl. BGE 121 III 6 E. 3c, S. 10 f.; BGer 4C.245/1999 vom 3. Januar 2000, E. 3b; Higi, Zürcher Kommentar zum Mietrecht, 4. A., Zürich 1998, Art. 269d N 92), kann – ja muss – ebenso erwartet werden, dass der Liegenschaftsverwalter die deshalb notwendige Geltendmachung absoluter und relativer Erhöhungsgründe im Haupt- und Eventualverhältnis in seiner Begründung hinreichend klar zum Ausdruck bringt. Mithin wäre erforderlich gewesen, dass die Klägerin – und zwar im amtlichen Formular oder im Begleitschreiben dazu – mindestens dem Sinn nach erklärt, sie passe den Mietzins primär an die orts- und quartierüblichen Verhältnisse an und erhöhe den Mietzins sekundär allein wegen der erfolgten Sanierung. Das hat sie nicht getan. Aus der Begründung der Mietzinserhöhung geht – das Mietgericht hat zutreffend darauf hingewiesen – nicht hervor, dass die Hinweise auf die Orts- und Quartierüblichkeit einerseits und die umfassende Sanierung andererseits im Verhältnis der Haupt- und Eventualbegründung gemeint sind. Im Gegenteil: die von der Klägerin verwendete Ausdrucksweise "[...] unter Berücksichtigung der getätigten Investitionen [...]" und "[...] widerspiegelt demnach sowohl diese Anpassung als auch die Sanierung" zeigt deutlich auf, dass die Mietzinserhöhung (nur) mit der Anpassung an die Orts- und Quartierüblichkeit begründet wird, freilich unter Hinweis darauf, dass es sich beim Referenzmietzins (ebenfalls) um sanierte Wohnungen handle. 4.3.4 Die Klägerin bemerkt zu Recht, dass die Anforderungen an die Klarheit der Begründung der Mietzinserhöhung bezwecken, dem Mieter die Möglichkeit zu geben, zu entscheiden, ob er die Erhöhung anfechten will oder nicht (vgl. BGE 121 III 6 E. 3a, S. 8; Lachat, op. cit., S. 299). Gerade deshalb ist aber der Vermieter nach Treu und Glauben an die Gründe, die er dem Mieter in der Anzeige der Mietzinserhöhung angegeben hat, gebunden. Ein Nachschieben weiterer Erhöhungsgründe im Anfechtungsverfahren ist ausgeschlossen (vgl. BGE 121 III 364 E. 4b, S. 366). Dass die Beklagten wegen der Mietzinserhöhung an die Schlichtungsbehörde gelangten bzw. der Mietzins gerichtlich überprüft wird, kann nicht dazu führen, den Beklagten den Schutz der Formstrenge zu versagen und der Klägerin zu ermöglichen, im Anfechtungsverfahren eine (weitere) Begründung der Mietzinserhöhung nachzuschieben. Mit überspitztem Formalismus hat das

- 32 - entgegen der Auffassung der Klägerin nichts zu tun. Dem Mieter im Anfechtungsverfahren entgegen zu halten, der Zweck der Begründung sei in seinem Fall erfüllt, weshalb es auf die konkret angegebenen Gründe nicht mehr ankomme, würde den mit der Mietzinserhöhung nicht einverstandenem Mieter benachteiligen, einen Rechtsmissbrauch

des Vermieters begünstigen und das Erfordernis der Begründung letztlich aushebeln. Wenn die Klägerin den Beklagten ein (weitergehendes) Interesse an der Begründung der streitigen Mietzinserhöhung mit dem Argument der erfolgten gerichtlichen Überprüfung abspricht, kann ihr daher nicht gefolgt werden. 4.3.5 Ein weiterer Punkt kommt hinzu: Beruht die Mietzinserhöhung auf mehreren Gründen, muss der Vermieter für jeden Erhöhungsgrund den je darauf entfallenden Anteil der Erhöhung bezeichnen (Art. 19 Abs. 1 lit. a Ziff. 4 VMWG; vgl. Lachat et. al., op. cit., S. 299). Die Klägerin hat den Mietzins demgegenüber im Formular (vgl. act. 13/29/1) einheitlich auf netto Fr. 1'800.--, d.h. um Fr. 709.-- angehoben, ohne dabei nach Erhöhungsgründen zu differenzieren. Erst vor Mietgericht argumentierte sie, die Mietzinserhöhung aufgrund umfassender Sanierung betrage weniger, nämlich netto Fr. 362.-- pro Monat (act. 11 S. 25; act. 13/34). Diese Differenzierung kommt zu spät.

E. 4.4

Unter Berücksichtigung der massgebenden Umstände bleibt es dabei, dass die Klägerin die streitige Mietzinserhöhung (einzig) mit der Anpassung an die orts- und quartierüblichen Verhältnisse für vergleichbare Objekte und nicht (eventualiter) mit den getätigten Investitionen begründet hat. So haben die Beklagten die Mietzinserhöhung verstehen dürfen und verstehen müssen. Diese Begründung ist klar, und die Beklagten kommen auf entsprechende Einwände im Berufungsverfahren mit Grund nicht zurück. 5. Die Prüfung der Zulässigkeit einer Mietzinserhöhung wegen Mehrleistungen entfällt somit.

- 33 - V. (Ergebnis / Kosten / Entschädigung) 1. Die Berufung ist unbegründet und daher abzuweisen, das angefochtene Urteil ist zu bestätigen. 2. Die Gebühr für den heutigen Entscheid ist in Anwendung von Art. 106 Abs. 1 ZPO der Klägerin aufzuerlegen und mit dem von ihr geleisteten Kostenvorschuss von Fr. 9'000.-- (vgl. act. 177 und 181) zu verrechnen. Der Streitwert der Berufung beträgt Fr. 214'560.--. 3. Die massgebliche (unter dem Titel wiederkehrende Nutzungen um knapp ein Drittel reduzierte) Entscheidgebühr beträgt bei diesem Streitwert nach § 4 Abs. 1 und 3 in Verbindung mit § 12 Abs. 1 und 2 GebV OG rund Fr. 9'000.--. Gründe für eine Erhöhung oder (weitere) Ermässigung bestehen nicht. Der Aufwand hielt sich im ordentlichen Rahmen, zumal keine neuen Aspekte diskutiert wurden. 4. Die Klägerin ist sodann zu verpflichten, den Beklagten für das Berufungsverfahren eine angemessene Parteientschädigung zu bezahlen. Gestützt auf §§ 4 Abs. 1 und 3, 11 Abs. 1 und § 13 Abs. 1 und 2 AnwGebV ist die Parteientschädigung auf gerundet Fr. 6'000.-- festzusetzen (Reduktion der ordentlichen Grundgebühr von Fr. 16'400.-- infolge wiederkehrender Nutzungen und Rechtsmittelverfahren, ohne Zuschlag). Hinzu kommt die Mehrwertsteuer von 8% (vgl. act. 184 S. 2). Es wird erkannt: 1. Die Berufung wird abgewiesen, und das Urteil des Mietgerichtes Zürich vom 28. Juni 2012 (Geschäfts-Nr. MA100033) wird bestätigt. 2. Die zweitinstanzliche Entscheidgebühr wird auf Fr. 9'000.-- festgesetzt, der Klägerin auferlegt und mit dem von ihr geleisteten Vorschuss verrechnet.

- 34 - 3. Die Klägerin wird verpflichtet, den Beklagten für das Berufungsverfahren eine Parteientschädigung von Fr. 6'000.-- (zuzüglich 8% Mehrwertsteuer) zu bezahlen. 4. Schriftliche Mitteilung an die Parteien, sowie an das Mietgericht Zürich, je gegen Empfangsschein. Nach unbenutztem Ablauf der Rechtsmittelfrist gehen die erstinstanzlichen Akten an das Mietgericht zurück. 5. Eine Beschwerde gegen diesen Entscheid an das Bundesgericht ist innert 30 Tagen von der Zustellung an beim Schweizerischen Bundesgericht, 1000 Lausanne 14, einzureichen. Zulässigkeit und Form

einer solchen Beschwerde richten sich nach Art. 72 ff. (Beschwerde in Zivilsachen) oder Art. 113 ff. (subsidiäre Verfassungsbeschwerde) in Verbindung mit Art. 42 des Bundesgesetzes über das Bundesgericht (BGG). Dies ist ein Endentscheid im Sinne von Art. 90 BGG. Es handelt sich um eine mietrechtliche Angelegenheit. Der Streitwert beträgt Fr. 214'560.--. Die Beschwerde an das Bundesgericht hat keine aufschiebende Wirkung. Obergericht des Kantons Zürich II. Zivilkammer Die Vorsitzende: Die Gerichtsschreiberin: lic. iur. A. Katzenstein lic. iur. V. Seiler versandt am:

E. 6

f.). Zwischen den einzelnen Gebäudekomplexen hat es grosszügige Grünflächen mit Kinderspielplätzen, einen grossen Teich und Rasenflächen (act. 145 und 145A). Die Überbauung ist am Fusse der ... gelegen. Im Süden der Überbauung liegt zudem das Naherholungsgebiet der In Sichtdistanz – d.h. in einer Entfernung von etwa 500 Metern zur Überbauung – verläuft im Osten die ... bzw. die Autobahn (...). In der Überbauung sind zwar von der Autobahn ausgehende Hintergrundgeräusche wahrnehmbar. Diese sind indessen nicht allzu laut, weshalb festzustellen ist, dass die Beklagten an ruhiger Lage wohnen. In unmittelbarer Nähe der Überbauung befinden sich zwei grosse Einkaufszentren, der ... und das In kurzer Gehdistanz zur Überbauung befinden sich die Busstation ... (Buslinie ...) sowie die Tram- und S-Bahnstation ... (Tramlinien ... und ... sowie S ...). Die Einkaufsmöglichkeiten wie auch die Anbindung an den öffentlichen Verkehr sind daher perfekt. Die Liegenschaften ...strasse ... bis ... wurden 2009 umfassend saniert. Im Wesentlichen wurden folgende Arbeiten ausgeführt: Ersatz von Küche und Nasszellen, Ersatz der Wasser- und Abwasserleitungen sowie der Flachdächer (Genaueres s. act. 13/15). Zählt man die Wohnküche als halbes Zimmer hat die Wohnung 3½ Zimmer mit einer Wohnfläche von 83 m² (act. 64 und 143/2). Die Wohnung verfügt über einen grossen, teilweise überdachten Gartensitzplatz. Zum Sitzplatz hin weisen die Wohnküche und das Wohnzimmer zwar grosse Fensterflächen auf. Wegen der Überdachung des Gartensitzplatzes sind die Belichtungsverhältnisse indessen nicht optimal. Bei schlechtem Wetter sind diese zwei Räume eher dunkel (act. 145 und 145A). Bei sonnigem Wetter dürften die Belichtungsverhältnisse zwar ausreichend sein. Bezüglich Küche und Wohnzimmer kann jedoch nicht von hellen, lichtdurchfluteten Räumen gesprochen werden. Bad und WC sind im Übrigen getrennt (act. 145)."

- 16 - Diese Beschreibung der Ausgangsliegenschaft beruht auf unbestrittenen Tatsachen sowie auf den vom Mietgericht anlässlich des Augenscheins getroffenen Feststellungen. Die Klägerin und auch die Beklagten bringen dagegen keine Einwände vor, weshalb für das Folgende ohne Weiteres von der Richtigkeit dieser Beschreibung ausgegangen werden kann.

E. 11

VMWG auch nicht erwähnt werde. Ebenso wenig könne gesagt werden, die Liegenschaft I... stamme aus einer anderen Bauperiode als das Ausgangsobjekt, zumal dem Kriterium gemäss Higi keine eigenständige Bedeutung beizumessen sei, es für die Vergleichbarkeit viel eher auf den Zustand (Renovationsstandard)

- 17 - als auf den Zeitraum der Erstellung der Baute ankomme. Was die Lage anbelange, spiele es zudem keine Rolle, dass das Ausgangsobjekt in einer Grossüberbauung liege, sich die Liegenschaft ... hingegen in einer überschaubaren Überbauung von einigen drei-stöckigen Mehrfamilienhäusern befinde. Die unterschiedliche Grösse der Baukörper

vermöge an der Vergleichbarkeit nichts zu ändern. Gleiches gelte für das Vergleichsobjekt an der ...strasse ..., welches laut Mietgericht einzig deshalb wegfallt, weil es nicht in einer Grossüberbauung, sondern in einer typisch städtischen ruhigen Wohngegend gelegen sei. Das könne nach Meinung der Klägerin keinen relevanten Unterschied machen. Die Klägerin rügt schliesslich, dass es das Mietgericht unterlassen habe, die zum Beweis offerierte Wohnung an der ...strasse ... zu besichtigen und in ihre Beweiswürdigung einzu beziehen. Das sei nachzuholen, sofern das Obergericht entgegen der von der Klägerin vertretenen Auffassung zum Schluss gelangen sollte, dass der Klägerin der Nachweis des orts- oder quartierüblichen Mietzinses nicht bereits anhand der anderen Vergleichsobjekte gelungen sei (act. 175 S. 6 ff.).

E. 15

Juni 2001 E. 5c/bb; vgl. auch BGE 123 III 317 E. 4b/aa, S. 320), und es hat entschieden, dass zwei mehr als zwanzig Jahre auseinander erstellte Liegenschaften nicht der gleichen Bauperiode im Sinne von Art. 11 VMWG zuzurechnen seien (BGer 4A_341/2009 vom 1. April 2009, E. 3.2 in MRA 2/10, S. 62 f.). Im Lichte der bundesgerichtlichen Rechtsprechung gehören die Objekte ... nicht der gleichen Bauperiode wie das Ausgangsgrundstück an, was ohne Weiteres dazu führen muss, dass sie als Vergleichsobjekte für den quartierüblichen Mietzins ausser Betracht fallen. Hinzu kommt, dass die Wohnungen im ... Attikawohnungen in zwei-geschossigen Liegenschaften sind (vgl. act. 157, 157A, 159 und 159A), während das Ausgangsgrundstück wie erwähnt zehn neunstöckige (Hoch-)Häuser umfasst. Die Klägerin bestreitet das nicht, sie argumentiert allerdings, der insoweit bestehende Unterschied in der architektonischen Ausgestaltung vermöge die Vergleichbarkeit der Objekte nicht auszuschliessen. Der Klägerin kann dabei insoweit gefolgt werden, als verschiedene Gebäudearten bzw. Baustile die Vergleichbarkeit nicht notwendigerweise ausschliessen. Wirkt sich die unterschiedliche Bauweise der beiden zu vergleichenden Objekte hingegen in relevanter Weise auf die Lage bzw. die lagebedingten Vor- und Nachteile des Mietobjekts aus, kann dies sehr wohl eine Unvergleichbarkeit der Objekte bewirken. Wie das Mietgericht ge-

- 21 - stützt auf die Ergebnisse des Augenscheins zutreffend festhält, erscheinen die Wohnungen ... aufgrund ihrer Lage innerhalb der Liegenschaft und ihrer architektonischen Ausgestaltung (Dachgeschoss-Wohnung, Oblichter im Gang/Entrée; mit grossen Balkonen/Terrassen auf zwei Seiten; vgl. act. 157 und 157A, 159 und 159A) deutlich heller und mithin besser belichtet als das Ausgangsobjekt. Der Einfall von Tageslicht ist im Gegensatz zu der vom Mietgericht in diesem Zusammenhang ausserdem angeführten, von der Klägerin zu Recht als wenig differenziert bezeichneten Merkmal der "Modernität", ein aussagekräftiges und objektives Qualitätsmerkmal zur Beurteilung der Lage eines Mietobjekts. Es geht dabei nicht um die architektonische Ausgestaltung als solche, sondern um deren Bedeutung für die Belichtungsverhältnisse einer Wohnung bzw. um eine bezüglich der Lichtverhältnisse günstige Lage. So betrachtet, trifft zu, dass sich das Ausgangs- und die vorerwähnten Vergleichsobjekte anhand der Lage des Mietobjekts innerhalb der Liegenschaft in rechtsrelevanter Weise unterscheiden, was die – aufgrund der unterschiedlichen Baujahre bestehende Unvergleichbarkeit – noch akzentuiert. 3.6 Schliesslich stellt sich die Klägerin mit der Berufung auf den Standpunkt, allfällige architektonische Unterschiede zwischen der 3 ½-Zimmerwohnung im 2. OG an der ...strasse ... und dem Ausgangsobjekt schliessen die Vergleichbarkeit entgegen der Auffassung des Mietgerichts nicht aus. Dass die dreigeschossige Liegenschaft ...strasse

... in einer seit den 40er Jahren allmählich gewachsenen ruhigen Wohngegend mit mittelgrossen Mehrfamilienhäusern liege (vgl. act. 154A), bestreitet die Klägerin freilich nicht. Das Ausgangsobjekt befindet sich demgegenüber wie erwähnt im Parterre eines neun-stöckigen Hauses, das mit neun weiteren gleichgrossen Häusern eine in sich geschlossene Überbauung mit 166 Wohnungen bildet. Dieser Unterschied in der Wohnlage ist geeignet, die Wohnqualität resp. den Gebrauchswert und mithin die Wahl einer Mietsache durch Mieter zu beeinflussen. Dabei dürften gewisse Mieter die urbane Anonymität eines Hochhauses oder eines grossen Gebäudekomplexes gegenüber einem mittleren Mehrfamilienhaus vorziehen. Ob sich der Unterschied für das Ausgangsobjekt als Vorteil herausstellt oder nachteilig auswirkt, ist freilich ohne Belang. Die Lage der Wohnung an der ...strasse ... unterscheidet sich von derjenigen des Ausgangsobjekts erheblich, und das führt – ungeachtet vergleichbarer

- 22 - Renovationsstandards sowie gleicher Bauperiode und ähnlicher Grösse und Ausstattung – zum Ausschluss der Ersteren als Vergleichsobjekt. 4. Selbst wenn aber das Objekt ...strasse ... als mit der Ausgangsobjekt vergleichbar beurteilt würde, hätte die Klägerin erst drei Vergleichsobjekte vorgelegt. Nach der bundesgerichtlichen Rechtsprechung müssen hingegen mindestens fünf vergleichbare Objekte vorliegen (vgl. BGE 114 II 361 E. 4b, S. 364; BGer 4C.275/2004 vom 26. Oktober 2004, E. 3 in mp 2005, S. 48). Auf die vom Mietgericht nicht besichtigte Wohnung an der ...strasse ... kommt es daher nicht an. So oder anders hat die Klägerin nicht genügend Vergleichsobjekte bezeichnet, welche die gesetzlichen Anforderungen an die Vergleichbarkeit erfüllen. Im Resultat fehlt es am Nachweis der Orts- und Quartierüblichkeit. IV. (Eventualbegründung / wertvermehrnde Investitionen) 1. Zum Standpunkt der Klägerin, die Mietzinserhöhung sei eventualiter – d.h. für den Fall, dass sie mit ihrer hauptsächlichen Begründung der Orts- und Quartierüblichkeit nicht durchdringen sollte –, mit wertvermehrnden Investitionen begründet worden, erwog das Mietgericht, weder dem Wortlaut des amtlichen Formulars noch demjenigen des Begleitschreibens lasse sich eine solche Eventualbegründung entnehmen. Die Klägerin habe den Beklagten einzig mitgeteilt, dass der Mietzins der von ihnen gemieteten Wohnung an das Niveau anderer vergleichbarer Wohnungen angepasst werden solle. Im amtlichen Formular berufe sich die Klägerin auf eine Mietzinsanpassung an die Orts- und Quartierüblichkeit. Einen weiteren in Art. 269a OR aufgeführten Erhöhungsgrund, wie z.B. Kostensteigerungen oder Mehrleistungen nach Art. 269a lit. b OR, nenne sie nicht explizit. Gleiches ergebe sich aus dem Begleitschreiben zur Mietzinserhöhung. Auch in diesem Schriftstück berufe sich die Klägerin einzig auf den gesetzlichen Erhöhungsgrund der orts- und quartierüblichen Mietzinse im Sinne von Art. 269a lit. a OR. Da für die Ermittlung der orts- und quartierüblichen Mietzinse nach

- 23 - Art. 11 VMWG diejenigen Mietzinse massgeblich seien, die nach Lage, Grösse, Ausstattung, Zustand und Bauperiode mit der Mietsache vergleichbar seien, habe die Klägerin den neuen Mietzins, den sie für die von den Beklagten gemietete Wohnung in der Mietzinserhöhung verlange, den Mietzinsen vergleichbarer Objekte gegenüberstellen müssen. Dabei verstehe sich von selbst, dass die Vergleichsobjekte den gleichen Ausbaustandard wie die von den Beklagten gemietete Wohnung aufweisen, also ebenfalls vor kurzem saniert worden sein müssten. Da der Mietzins für ein saniertes Vergleichsobjekt höher sei als für eine unrenovierte Wohnung, wirkten sich die klägerischen Sanierungskosten indirekt auf den neuen Mietzins aus. Dies habe die Klägerin im Mietzinserhöhungsformular zum Ausdruck gebracht, indem sie die Anpassung an die Orts-

und Quartierüblichkeit mit dem Bemerkten "... unter Berücksichtigung der getätigten Investitionen (umfassende Sanierung) von rund CHF 13,5 Mio." erläutert habe. Im Begleitschreiben zur Mietzinserhöhung habe die Klägerin zudem darauf hingewiesen, dass die bis-her dank staatlicher Unterstützung günstigen Mietzinse an das orts- und quartierübliche Niveau von vergleichbaren, ebenfalls sanierten Wohnungen herangeführt werden sollten. Auch aus diesem Hinweis sei zu folgern, dass die Klägerin die Mietzinserhöhung nicht mit Mehrleistungen bzw. umfassender Sanierung der Liegenschaft begründe. Sämtliche erwähnten Äusserungen der Klägerin seien demnach so zu verstehen, dass der Mietzins für die renovierte Wohnung an die Orts- und Quartierüblichkeit angepasst werde. Eine weitere Begründung für die Mietzinserhöhung habe die Klägerin nicht angegeben. Die Beklagten hätten aufgrund der Erklärungen nicht annehmen müssen, die Klägerin berufe sich in der Mietzinserhöhung neben der Orts- und Quartierüblichkeit zusätzlich auf einen weiteren in Art. 269a OR aufgeführten Erhöhungsgrund. Daran ändere nichts, dass die Klägerin am 17. Dezember 2008, mithin rund ein Jahr vor Mitteilung der Mietzinserhöhung den Beklagten in einem Informationsschreiben bekannt gegeben habe, die in Aussicht gestellte Mietzinserhöhung widerspiegeln sowohl die Anpassung an die Orts- und Quartierüblichkeit als auch die Sanierung. Entgegen der Ansicht der Klägerin gehe auch daraus mit keinem Wort hervor, dass sie die inskünftige Mietzinserhöhung stufenweise begründen werde, indem hauptsächlich eine Anpassung an die Orts- und Quartierüblichkeit erfolgen solle und bei deren Scheitern

- 24 - der Mietzins eventualiter wegen der bevorstehenden Sanierung angehoben werde. Zwar könne diese Erklärung so interpretiert werden, dass die Mietzinserhöhung sowohl mit der Orts- und Quartierüblichkeit als auch mit Mehrleistungen begründet werden solle. Dem stehe aber zum einen entgegen, dass dieser Information bloss der Charakter einer Vorankündigung zukomme. Zum anderen habe die Klägerin den Beklagten lediglich angekündigt, dass der neue Mietzins für eine 3½-Zimmerwohnung sich in einer Bandbreite zwischen Fr. 2'000.- bis Fr. 2'300.- bewegen dürfte. Aus dieser ungefähren Angabe, welche die Klägerin nicht näher zahlenmässig – z.B. mit den mutmasslich anfallenden Baukosten anhand der Kostenvoranschläge – begründet habe, hätten die Beklagten nicht folgern können, dass die Klägerin den Mietzins später wegen Mehrleistungen erhöhen werde. Dass die Information über den späteren Mietzins sowie dessen Erhöhung und den Erhöhungsgrund unverbindlich sei, gehe auch daraus hervor, dass die Klägerin mit dem erwähnten Informationsschreiben ausdrücklich darauf hinweise, dass sie sich im heutigen Zeitpunkt noch nicht festlegen könne, in welcher Grössenordnung die Erhöhung sein werde. Schliesslich sei zu berücksichtigen, dass sich die Klägerin in der Mietzinserhöhung bzw. dem dazugehörigen Begleitschreiben in keiner Art und Weise auf das frühere Mieterinformationsschreiben beziehe. Der zeitliche Abstand wie auch der Umstand, dass zwischen der Mieterorientierung und der Mietzinserhöhung mitsamt deren Begleitschreiben keine nähere Verbindung bestehe, sprächen dafür, dass die Mieterinformation vom Dezember 2008 nicht zur Auslegung der Mietzinserhöhung vom Dezember 2009 herangezogen werden dürfe. Die Klägerin habe somit die Erhöhung ausschliesslich damit begründet, der Mietzins der von den Beklagten gemieteten Wohnung sei an die orts- und quartierüblichen Verhältnisse für vergleichbare Objekte anzupassen. Diese Begründung sei (entgegen der Auffassung der Beklagten) klar, weshalb die Mietzinserhöhung insoweit gültig sei. Hingegen fehle es an einer Eventualbegründung der Mietzinserhöhung. Der Klägerin sei es daher zum vornherein verwehrt, ihre Mietzinserhöhung auf umfassende Sanierungsarbeiten zu stützen, und die Prüfung der Zulässigkeit einer solchen Erhöhung

erübrige sich (act. 174 E. 2 S. 6 ff. und E. 5 S. 25).

- 25 - 2. Die Klägerin hält mit der Berufung daran fest, dass sie die Mietzinserhöhung hauptsächlich mit der Orts- und Quartierüblichkeit und im Eventualstandpunkt mit umfassenden Sanierungsarbeiten begründet habe. Das Mietgericht gehe richtigerweise zunächst davon aus, dass eine Mietzinserhöhung grundsätzlich auf zwei Erhöhungsgründe – eine Haupt- und eine Eventualbegründung – abgestützt werden könne. Habe sich der Vermieter so geäußert und habe dies der Mieter auch so verstanden, sei im Sinne eines tatsächlichen Konsenses von einer gültigen Eventualbegründung auszugehen. Falls die Eventualbegründung hingegen nicht explizit aus dem Wortlaut des amtlichen Formulars bzw. dem dazugehörigen Begleitschreiben hervorgehe und ein tatsächlicher Konsens über die Eventualbegründung nicht nachgewiesen werde, sei nach ständiger Rechtsprechung des Bundesgerichts die Begründung der Mietzinserhöhung als Teil einer Willensäußerung nach Massgabe des Vertrauensprinzips auszulegen. Nach Auffassung der Klägerin hätten alle Mieter der in Rede stehenden Überbauung ...strasse und damit auch die Beklagten die Begründung der Mietzinserhöhung vom 8. Dezember 2009 richtig verstanden, nämlich so, dass es dem Willen der Klägerin entsprochen habe, den Mietzins mindestens im Umfang der getätigten Mehrleistungen und damit selbstredend auch aus diesem Grund anzuheben. Die Parteien hätten somit einen tatsächlichen Konsens über den Inhalt der Mietzinserhöhung erzielt. Die Klägerin habe diesbezüglich vor Mietgericht die persönliche Befragung der Beklagten zum Beweis offeriert. In dem das Mietgericht die Beklagten dazu nicht befragt habe, habe es das Recht der Klägerin auf Beweis abgeschnitten. Die Klägerin hält zusätzliche Beweismassnahmen in diesem Zusammenhang allerdings für unnötig, da sich das übereinstimmende Verständnis der Parteien über den Inhalt der Mietzinserhöhung auch aus dem gegenseitigen Verhalten der Parteien ableiten lasse. Sie weist darauf hin, dass die Beklagten mit dem Orientierungsschreiben vom 17. Dezember 2008 über die Sanierungsarbeiten und die damit voraussichtlich verbundenen Mietzinserhöhungen informiert worden seien. Entgegen der Auffassung des Mietgerichts könne es nicht darauf ankommen, ob aus der Begründung der Mietzinserhöhung (wörtlich bzw. ausdrücklich) hervorgehe, dass die beiden Begründungen Quartierüblichkeit und Mehrleistungen im Verhältnis der Haupt- und Eventualbegründung stünden, da

- 26 - von einem Liegenschaftsverwalter nicht erwartet werden dürfe, dass er diese Unterscheidung zwischen Haupt- und Eventualbegründung in seiner Begründung wörtlich zum Ausdruck bringe. Die Argumentation des Mietgerichts sei im höchsten Grad überspitzt formalistisch und lasse sich auch nicht mit der Formstrenge des Mietrechts begründen. Die Formstrenge gehe nur so weit, als damit ein sachlich gerechtfertigter Zweck verfolgt werde. Es stehe aber ausser Frage, dass die Beklagten von ihrem Anfechtungsrecht Gebrauch gemacht hätten und die streitgegenständliche Mietzinserhöhung auf ihre Rechtmässigkeit hin überprüfen lassen könnten. Ein anderes oder weitergehendes Interesse hätten die Beklagten nicht. Insbesondere im Lichte der Tatsache, dass der gut informierte Verwalter wisse, dass gemäss Rechtsprechung des Bundesgerichts Markt- und Kostenkriterien bzw. absolute und relative Faktoren in der Begründung der Mietzinserhöhung nicht miteinander vermischt werden dürften, habe sich die vorliegende Begründung der Mietzinserhöhung in nachvollziehbarer Weise darauf beschränkt, zum Ausdruck zu bringen, dass die angezeigte Mietzinserhöhung auch die Mehrleistungen umfasse. Die Beklagten hätten aus den Umständen klar erkennen können, dass die Vermieterin im Minimum den Mietzins gestützt auf die getätigten Investitionen habe

anheben wollen. Das angefochtene Urteil leide daher an einem rechtlichen Mangel, weshalb es aufzuheben sei und die Sache zur Beurteilung der Mietzinserhöhung gestützt auf die Mehrleistungen an das Mietgericht zurückzuweisen sei (act. 175 S. 15 ff.). 3. Die Beklagten widersetzen sich mit der Berufungsantwort der Rüge, dass das angefochtene Urteil in diesem Punkt an einem Mangel leide. Sie halten dafür, das Mietgericht habe die Mietzinserhöhung der Klägerin korrekt ausgelegt. Entgegen der Auffassung der Klägerin hätten die Beklagten die Begründung der Mietzinserhöhung dahingehend verstanden, dass eine Anpassung des Mietzinses an die Orts- und Quartierüblichkeit erfolgen solle und dabei mit Bezug auf die Vergleichsobjekte auch die getätigte umfassende Sanierung mit zu berücksichtigen sei. Anders könne man die Mietzinserhöhung der Klägerin nicht verstehen. Aus dem Orientierungsschreiben vom 17. Dezember 2008 könne die Klägerin nichts zu ihren Gunsten ableiten, da dieses Schreiben nicht Bestandteil der Begründung der Mietzinserhöhung sei. Zudem habe sich die Klägerin darin offen-

- 27 - sichtlich nicht festlegen wollen, unter welchem Titel sie eine künftige Mietzinserhöhung aussprechen werde. Bei der Begründung der Mietzinserhöhung habe sich die Klägerin auf die Orts- und Quartierüblichkeit festgelegt (act. 184 S. 8 ff.).

Export aus OpenCaseLaw (CC0). Verbindlich ist allein der vom erlassenden Gericht veröffentlichte Originaltext. Quellen-URL siehe oben.